

Einleitung

© **Schwerpunkt »Landwirtschaft für Europa«**

Europa leben!

Ein Plädoyer für mehr Begegnung und Bewegung in Europa

von Hannes Lorenzen

Europa ist viel Geschichte und viel Projektion. Die Geschichte gerät in Vergessenheit, während die Projektionen zunehmen. Unübersehbar ist, dass Ambitionen, den Zusammenhalt in Europa zu stärken, aus der Mode gekommen sind. Europa erscheint bisweilen wie ein Haufen auseinanderstrebender Nationalstaaten und ein Gewimmel von Hoffnungen und Enttäuschungen ihrer Bürger. Die Europäische Union ist auf der Kippe zwischen Renationalisierung und schwächelnder Auflösung. Vor diesem Hintergrund wird die EU nur dann ein Projekt für Frieden und Zusammenhalt bleiben, wenn sich Menschen in konkreten gemeinsamen Projekten in Europa dafür engagieren, meint der Autor dieses Beitrags, der Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EU-Parlament und Gründer mehrerer europäischer Netzwerke ist. Die europäische Agrarpolitik könnte für die Landwirtschaft und ländliche Regionen Europas ein wichtiger Pfeiler eines neuen zivilen Projekts für Europa werden.

Kann man Europa verstehen? – Es wird uns vielfältig beschrieben. Mark Twain bummelt 1878 eineinhalb Jahre, angeblich zu Fuß, durch Europa. Er macht sich über die Oberflächlichkeit amerikanischer Touristen lustig und erlebt selbst eigentlich nur deutsche und italienische Städte. Hans Magnus Enzensberger seufzt schon vor dem Fall der Berliner Mauer: *Ach Europa!* und prophezeit frühzeitig »ungarische Wirrungen«. Der niederländische Schriftsteller Geert Mak ist Anfang dieses Jahrhunderts ein Jahr lang *In Europa*. Er besucht Paris, Wien, Berlin, London, St. Petersburg, Verdun, das einstige Stalingrad und Tschernobyl. Er konstatiert Hilflosigkeit der Europäer vor ihrer Kriegs- und Katastrophengeschichte. Cees Nooteboom sitzt sehr lange *Im Wartezimmer Europas* und fragt sich *Wie wird man Europäer?* Und Robert Menasse bricht in Zeiten weit verbreiteter Ablehnung der EU eine Lanze nach der anderen für

Europa und seine Institutionen in *Der Europäische Landbote* und *Die Hauptstadt*.¹

Wo liegt Europa eigentlich?

Das Land Europa gibt es nicht. – Schon gar nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Dafür gibt es Gründe. Es gibt (noch) 28 Hauptstädte und genauso viele nationale Interessenvertretungen in Brüssel. Und es gibt viele nationale Politiker, die ihre Karriere auf der Angst vor Europa aufbauen. Im Europäischen Parlament werden vorwiegend nationale Interessen verteidigt und ebenso viele Deals des Ministerrats zur Verteidigung nationaler Interessen abgesegnet. Eine Gemeinsame Verfassung ist 2005 daran gescheitert, dass ein Referendum in Frankreich und den Niederlanden den Bürgern die Gelegenheit bot, der eigenen Regierung einen Denkkzettel zu verpassen. Ach Europa!

Schon alles vergessen? – Die europäische Einigung ist Weltgeschichte auf höchstem Niveau. Dass die einst tief verfeindeten Nationen des alten Kontinents es geschafft haben, seit fast 70 Jahren friedlich und erfolgreich zusammenzuarbeiten, wird in vielen Regionen der Welt bewundert. Die drei Prinzipien: Demokratie, Solidarität und Nachhaltigkeit haben Europa zusammengehalten, trotz vieler wirtschaftlicher und politischer Übergriffe der Mächtigen – vor allem Deutschlands. Die EU gilt in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika immer noch als anerkannte Beratungsinstanz für friedliche, grenzübergreifende Kooperation und Integration. Ihre Anziehungskraft nährt sich im Gegensatz zu Militärbündnissen wie der NATO nicht aus Angst vor den Nachbarn, sondern vielmehr aus der Hoffnung auf demokratische und nachhaltige Entwicklung. Aus sechs Gründerstaaten wurden deshalb 28, und die Liste der Beitrittskandidaten im Südosten ist lang.

Aber Europas Bürger mögen ihre Union nicht. – Sie empfinden sie als bürokratisch, kalt und fern. Politiker aller Couleurs und Länder haben an diesem Image mitgewirkt. Sie können daheim mit Beifall rechnen, wenn sie »Brüssel« als undemokratisches Monster an die Wand malen und sich selbst als Opfer des Molochs. Die Distanz der Menschen zu Europa ist vor allem hausgemacht. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit und keine wirkliche Berührung mit Europa. Die nationalen Medien erzählen nationale Geschichten von Europa. Die hören sich in England ganz anders an als in Frankreich oder Italien. Europa kommt kaum zu den Menschen nach Hause und wenn, dann meist mit warmen Worten oder bissigen Kommentaren. *Europa* kommt nicht als Göttin auf dem Stier daher, sondern meistens als hässliche ferne Stadt, aus der Unheil droht. Europäische Politik steht wenige Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 für Hilflosigkeit vor »den Märkten«, zunehmend anti-europäischen Populismus und einer galoppierenden Erosion der Demokratie.

Bleiben wir hilflos vor unserer Katastrophenschicht? – Ist Europa, wie die britischen Autoren Brendan Simms und Benjamin Zeeb behaupten, »am Abgrund«?²² Brauchen wir ein Manifest *Für Europa*?²³ wie Dany Cohn-Bendit und Guy Verhofstadt es vorschlagen, um die letzten aufrechten *Citoyens Européens* zu sammeln? Oder macht es Sinn, auch mal aufs Land zu schauen, wo nach diversen Wahlanalysen die Ablehnung gegen »Brüssel« am radikalsten ist, und hier und dort wieder Blut- und Boden-Ideologie auf dem Vormarsch ist. In Robert Menasses' *Die Hauptstadt* läuft ein Schwein verloren durch die Brüsseler Innenstadt und sorgt für viel mediales Spektakel, während ausgerechnet ein österreich-ungarisches Exportkartell den Briten ihren Schweinefleischexport nach

China streitig macht. Ist das einstige Fundament der europäischen Einigung Karikatur geworden? Hat die Bürokratie wirklich gewonnen und haben die Menschen verloren?

Europa verliert sich zwischen Stadt und Land. – Die Beziehungen zwischen Land und Stadt sind in Europa so zwiespältig wie überall auf der Welt. Die Stadt zieht Menschen an, das Land verliert sie. Auf dem Land bleiben die Alten, die Verlierer – oder die besonders Wettbewerbsfähigen. Wo das Land schön ist, kommen Erholungsbedürftige und Rentner. Wo nicht, wird es einsam. Der größte Teil der ländlichen Regionen gilt als *benachteiligt* und bekommt *Ausgleichszahlungen* aus Europa, allerdings insgesamt viel weniger als die begünstigten Gebiete und Agrarindustrien an Subventionen erhalten. Für städtische Interessen ist die Regionalpolitik zuständig, für das Land die Agrarpolitik. Das sind zwei ungleiche Welten, die zunehmend auseinanderfallen. Zusammenhalt bewirkt das nicht.

Städte nehmen das Land in Gewahrsam. – Zuerst wurde Europas Landwirtschaft ein Industrialisierungsmodell aufgezwungen, das den Böden zunehmend die Fruchtbarkeit nimmt, die Pflanzen von Mineraldünger und Pestiziden abhängig macht, die Tiere in ungesunde Leistungssysteme zwingt und Bäuerinnen und Bauern dem so geschaffenen Strukturwandel atemlos hinterherrennen lässt. Die Städte wachsen ins Land und konsumieren mit Wohnungsbau und Infrastruktur immer mehr landwirtschaftlichen Boden. Land wird auch deshalb knapp und teuer, weil Spielgeld aus den städtischen Finanzzentren sichere Landplätze sucht und zunehmend Kapitalgesellschaften in die Landwirtschaft einsteigen. Es sind die Banken, die den Bauern Geld für den nächsten Rationalisierungsschritt anbieten und ihnen den Betrieb abnehmen, wenn der Kredit nicht mehr bedient werden kann, weil die Preise im Keller sind.

Das Land verliert Menschen und Geld. – Der Anteil, den die Bauern und Bäuerinnen aus der Wertschöpfungskette bekommen, wird trotz stetiger Rationalisierung immer kleiner. Zuletzt im Durchschnitt noch 18 Prozent. Das Modernisierungsversprechen hat sich immer zugunsten der Stadt ausgewirkt. Präzisionslandwirtschaft und Digitalisierung sind die nächsten Zauberworte. Der Anschluss an die Google-Datenauto-bahn ohne Gebrauchsanweisung für Klimawandel und Nachhaltigkeit wird nur wenigen Rationalisierungsrasern eine Chance bieten. Nichts gegen intelligente Traktoren. Aber wenn die damit gesammelten Daten nur von John Deere kommerziell genutzt werden dürfen und die Landwirte nur noch Anwender der neusten Pflanzenschutz-App sind, geht eigenes Können verloren und es entstehen gefährliche neue Abhängigkeiten.

Unbewegliches Standbild Agrarpolitik. – Dass die Europäische Agrarpolitik den dringenden Anforderungen wie Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit so hoffnungslos hinterherhinkt, liegt daran, dass die in den 50er-Jahren festgelegten Ziele bis heute unverändert geblieben sind. Doch Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität stehen heute in einem völlig anderen gesellschaftlichen Zusammenhang als damals. Als es eine Chance gab, bei den Verträgen von Maastricht oder der gescheiterten Europäischen Verfassung diese Ziele an die neuen Herausforderungen anzupassen, wollte kein einziger Mitgliedstaat an den veralteten Zielen rühren, allen voran blockierte dies Deutschland.

Nationaler Egoismus. – Die bisher erfolgreiche Verhinderung einer zeitgemäßen Reform der klassischen Agrarpolitik beruht außerdem auf einem ausgeprägten nationalen Egoismus der Mitgliedstaaten. Die zwei großen Reformversuche der EU-Kommission sind daran gescheitert, dass die finanzstarken Nettozahlerstaaten die sozialen und ökologischen Herausforderungen ignorierten und stattdessen den Forderungen des agrarindustriellen Komplexes folgten. Vor allem Deutschland hat sich immer wieder gegen notwendige Reformen gesperrt. Gerhard Schröder machte 1999 mit Jaques Chirac einen Deal gegen den damaligen EU-Agrarkommissar Franz Fischler und verhinderte eine Umwidmung

von Subventionen in ländliche Entwicklungsprogramme. Angela Merkel machte 2005 ihren Deal mit Tony Blair und rettete die bedingungslosen Direktzahlungen vor drastischen Kürzungen. Auch die Vorschläge des rumänischen EU-Kommissars Dacian Cioloș, Hektarprämien an agrarökologische Praktiken zu knüpfen, wurden in erste Linie von der deutschen Bundesregierung ins Wirkungslose verdreht.

Der Trend zur Re-Nationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik – ist in den neuen Reformvorschlägen zur GAP nach 2020 nun deutlich erkennbar. Zwar werden die Mitgliedstaaten in die Pflicht genommen, im Bereich der Direktzahlungen strategische Pläne aufzulegen, mit denen sie die speziellen Probleme ihrer Landwirtschaft zu lösen gedenken. Sie sollen darin den Landwirten Maßnahmen für Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltige Bewirtschaftung anbieten. Aber weder eine Verpflichtung zur Anwendung dieser Maßnahmen noch eine wirkungsvolle Evaluierung ist auf EU-Ebene vorgesehen. Statt Hektarprämien zu qualifizieren und entsprechend Fördermittel umzuverteilen, werden vor allem die Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Kohäsionspolitik gekürzt. Die Kommission folgt damit dem Egoismus der Nettozahlerstaaten und zieht sich weitgehend aus der Gestaltung einer *Gemeinsamen Agrarpolitik* zurück.

Ein Streifzug durch Europa

Beginnen wir in **Skandinavien**, wo die Demokratie eine noch weitgehend familiäre Angelegenheit zu sein scheint. Von dort kam in den 1990er-Jahren der Funke für mehr Demokratie und Selbstbestimmung auf dem Land, die schwedischen ländlichen Parlamente (*rural parliaments*). Alle zwei Jahre kommen seitdem ländliche Initiativen und Projekte zusammen, die jenseits der klassischen Bauernverbände ihre Entwicklung in die Hand genommen haben. Politiker aller Couleurs wagen es nicht mehr, dieser Bewegung fern zu bleiben und die ländliche Zivilgesellschaft ist selbstbewusster geworden.

Der Funke sprang innerhalb weniger Jahre auf **Finnland, Estland, Lettland und Litauen** und später auf die neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten über. Sogar in den Ländern des Westbalkans finden alle zwei Jahre nationale und regionale ländliche Parlamente statt, ebenso ein europäisches ländliches Parlament, das alle nationalen Initiativen alle zwei Jahre zusammenbringt. Wenn es eines ländlichen Manifestes für Europa bedarf: es ist bereits da und seine Forderungen sind zumindest bis in den Diskurs der europäischen Institutionen vorgedrungen: mehr Investitionen in die lokale Entwicklung, mehr Selbstbestim-

mung und Verwaltung, mehr Arbeit am Zusammenhalt in ländlichen Regionen.⁴

In **Griechenland** ist nicht nur Krise und Ausverkauf. Es gibt viele kleine Inseln der Erneuerung, auch auf dem Festland. In Karditsa, einer Kleinstadt im Festland der Peloponnes, in dem der subventionierte Baumwollanbau einst florierte, hat eine Initiative die lokale Wirtschaft und Landwirtschaft wieder in Schwung gebracht. Die Zweigstelle einer pleitegegangenen Bank wurde ohne staatliche Zuschüsse übernommen und in eine Förderkooperative für Projekte der Region verwandelt, aus der sich unterschiedliche ländliche und städtische Projekte nach dem Prinzip der Eco-Schemes, der verbundenen Stadt-Land-Wirtschaft, entwickelten. Inzwischen sind daraus zahlreiche kleine Unternehmen, Tourismusprojekte und Start-ups entstanden.⁵

In **Italien** bleibt trotz des Rechtsrucks und einer grassierenden Europaallergie die *Slowfood*-Bewegung und die lokale Verbindung zwischen Bauern und Bürgern ein stabilisierender Faktor in der Landwirtschaft.

Auch in **Spanien** sind bei lokalen Wahlen neue Verbindungen zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Gemeindeprojekten entstanden, mit denen die Qualität und ►

Dabei wäre jetzt der entscheidende Moment, Europa neu aus der Taufe zu heben – und auf die vielen lokalen und regionalen Initiativen der Zivilgesellschaft und vieler ländlicher Gemeinden und Städte aufzubauen, die schon längst am Umbau der Gesellschaft arbeiten. Sie brauchen Förderung, die streng an den Nachhaltigkeitszielen, an territorialer sozialer Sicherung, Zusammenhalt zwischen Stadt und Land und demokratischer Governance gebunden ist. Für die Förderung ländlicher Regionen hieße das, sich von Mindeststandards, Benachteiligungsfaktoren und Ausgleich für Einkommensverluste zu verabschieden und stattdessen Zielgrößen im Hinblick auf Klima, Biodiversität und Einkommen festzulegen, die zur Grundlage von Förderungen gemacht werden. Dazu gehören Beratung, Kooperation und Infrastruktur für lokale und regionale Versorgungssysteme, die den ländlichen Regionen den Mehrwert zurückgeben, der jetzt in den großen Strukturen der aufnehmenden Hand verschwindet.

Europas gelungene Geschichte

Europa kann auch anders. – Bei aller Kritik an seinen Schwächen dürfen wir nicht die vielen gelungenen Geschichten Europas verschweigen. Wir haben uns ziemlich erfolgreich gegen Hormonfleisch und Gentechnik in der Landwirtschaft gewehrt und eine ver-

gleichsweise große Vielfalt an Landwirtschafts- und Esskulturen erhalten. Statt regionale Spezialitäten im anonymen Markt der Marken untergehen zu lassen, haben Ursprungsbezeichnungen die Vielfalt an Weinen, Käsesorten und anderen vor Beliebigkeit und Entwertung geschützt. Was wäre Frankreich ohne die Geschichte des Roqueforts und die Weinkultur. Auch die biologische Landwirtschaft, der agrarökologische Umbau und zahlreiche Umwelt- und Tierschutzinitiativen entwickeln sich erstaunlich schnell, und Programme wie die Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) und Horizon 2020 ermöglichen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Forschern und Praktikern.

Wir leben in einer zunehmend aktiven Zivilgesellschaft, die mit Methoden und Programmen wie LEADER, CLLD, URBACT und INTERREG neue Formen der Zusammenarbeit und Solidarität ausprobieren kann. Zugang zu Land für Neueinsteiger (*access to land*), Solidarische Landwirtschaftsprojekte¹³ (*community supported agriculture*), Agrarbündnisse wie *Meine Landwirtschaft* und *Pour une autre PAC* entwickeln gemeinsame europäische Strategien und Aktionen wie die alljährlichen Demonstrationen zur Internationalen Grünen Woche und dezentrale Aktionen wie *Good Food Good Farming*.

Es macht Mut zu sehen, dass sich viele dieser Initiativen über nationale und Sprachgrenzen hinweg

Preise für Lebensmittel wieder in den Fokus rücken (Valencia). Das Meer aus Plastik für die Export-Gemüseproduktion in Huelva kommt zunehmend unter Druck der öffentlichen Kritik, auch wegen der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen für Migranten und Flüchtlinge.

In **Frankreich** hat die Debatte um den sehr hohen Einsatz von Pestiziden und den Verlust der biologischen Vielfalt zu einer Regierungskrise unter Präsident Macron geführt, als Umweltminister Hulot zurücktrat, weil ihm die Hände bei der Umsetzung der gerade erklärten ökologischen Agrarwende gebunden blieben. Aber das Niveau der Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft ist hoch, europäisch und ruht auf der Hochachtung der Franzosen für ihre Bauern und ihre Liebe zu gutem Essen.⁶

In **Portugal** gibt es auf dem Land eine neue Generation von gut ausgebildeten jungen Leuten, die auf die Arbeit ihrer Eltern und Großeltern aufbauen und Einkommensmöglichkeiten aus Bereichen wie gesunde mediterrane Ernährung, neue Formen des angepassten Tourismus und nachhaltige Nutzung der lokalen Ressourcen setzen.⁷ Auch die Erhaltung traditioneller Obst- und Gemüsesorten steht in Portugal hoch im Kurs.

Auch wenn die Medien in **Großbritannien** sich derzeit hauptsächlich mit dem Ausstieg aus der Union beschäf-

tigen, so sind doch die Bewegungen der *transition towns and villages*, *community supported agriculture* zusammen mit der *common food policy*-Initiative seit dem Brexit-Referendum stark geworden und in der öffentlichen Debatte über die Beziehungen zum alten Kontinent und der Zukunft der Lebensmittel sehr präsent.⁸

In **Irland** hat die Finanzkrise von 2008 der nationalen Wirtschaft besonders zugesetzt. Die Landwirtschaft dagegen kam mit dem blauen Auge davon. Ländliche Entwicklungsiniciativen wie LEADER wurden aber eingefroren. Ob den Iren die Hungerkrise von 1879 immer noch in den Knochen steckt? *Alotments*, die Selbstversorgungsgärten, sind heute hoch im Kurs und vielerorts die Keimzellen neuer Nachbarschaftshilfen und Lebensmittelkooperativen auf dem Lande und in den Städten.⁹

Auch in **Belgien** und den **Niederlanden** erscheinen neue dynamische Bürgerinitiativen, Bauern und Verbraucher einander näherzubringen. Dort entsteht gerade die Bewegung *Boeren en Buren*, Bauern und Nachbarn, die Direktvermarktung und politische Debatte verknüpfen, beispielsweise über die ungerechten Erzeugerpreise, die Macht der Supermärkte und ungewöhnliche Maßnahmen, sich von Lebensmittelketten zu befreien.¹⁰

In **Österreich** ist die hohe Wertschätzung und Finan- ▶

verständigen und zusammenwachsen. Auch neue gemeinsame politische Projekte von Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft wie IPES Food, die eine neue integrierende Politik für Landwirtschaft, Lebensmittelqualität und Umweltschutz fordern, sind politisch auf dem Vormarsch. Es lohnt sich, die Vielfalt an Initiativen und Bewegungen jenseits der COPA-Verbände in den Blick zu nehmen, aus denen die notwendige kritische Substanz für eine europäische Agrarwende entstehen könnte.

Europa geht anders

Es fällt derzeit schwer, sich bei den kommenden Europawahlen ein Ende des grassierenden Populismus vorzustellen. Demokratie und notwendige Reformen werden also zunächst einmal zu Hause zu verteidigen sein, um auch in Europa Schlimmeres zu verhindern.

Kontakt suchen über Grenzen hinweg. – Wir müssen dabei die Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten und Regionen kennen und nach Verbündeten suchen, um neue Spielräume europapolitisch nutzen zu können. Die Vorschläge der EU-Kommission könnten solche Spielräume bieten, wenn es uns gelingt, gemeinsame sozialökologische Kriterien für die EU-Förderung durchzusetzen. Dazu gehören Maßnahmen für den Klimaschutz, die in der Förderung von Fruchtfolgen und Bodenverbesserung verpflich-

tend verankert sind, ebenso wie eine Umverteilung der Hektarprämien zugunsten kleinerer arbeitsintensiver Betriebe.

Wichtig wird auch sein, Haushalt und Maßnahmen für die ländliche Entwicklung gegen Kürzungen zu verteidigen, damit Infrastruktur und Partnerschaften entstehen können, die der Landwirtschaft und anderen Sektoren ermöglichen, einen größeren Teil der Wertschöpfung wieder in ländliche Regionen zurückzuholen.

Es geht um nicht weniger als einen europaweiten Konsens, dass wir politische Rahmenbedingungen vom Ordnungsrecht über Förderkriterien bis hin zu Umverteilung der Entwicklungschancen in Europa zur Bedingung für alle Mitgliedstaaten machen. Nicht nur in Deutschland sollte deshalb die Zeit der »Selfiestrategien« einiger Nichtregierungsorganisationen der Vergangenheit angehören. Der sozial-ökologische Umbau ist mehr als Biolandprodukte ins Lidl-Regal zu stellen oder für die Zählung der Feldlerchenpopulation bezahlt werden zu wollen.

An einer gemeinsamen europäischen Erfahrung arbeiten. – Freizügigkeit und Zusammenhalt werden in Europa nur Bestand haben, wenn sie für die Menschen im Alltag erfahrbar sind. Nur wenn die Debatte über die Zukunft Europas – nicht nur vor den Wahlen zum Europaparlament – als wirklich europäische Angelegenheit aller geführt wird, kann auch ein Bewusstsein

zierung der ländlichen Entwicklung und die besondere Förderung für kleinstrukturierte Projekte von der neuen rechtspopulistischen Regierung bisher nicht infrage gestellt worden. In der Landwirtschaft ist die Möglichkeit der Zusatzfinanzierung für die ersten Hektare je Betrieb ebenfalls weiterhin gültig. Allerdings will die neue Regierung die finanziellen Verluste, die der Brexit für die Zweite Säule mit sich bringt, keinesfalls ausgleichen.

In **Polen** und **Ungarn** haben sich viele Kleinbauern mit nationalistischen Parolen einfangen lassen. Die Regierung wertet sie politisch auf und unterstützt lokale Initiativen. Die informelle und politisch oppositionelle Zivilgesellschaft dagegen ist auch auf dem Lande unter hartem Regierungsbeschuss abgetaucht oder wird direkt politisch verfolgt. In Ungarn ist die Lage ähnlich, wobei im ländlichen Raum Korruption zur Stärkung der Fidesz-Partei von Präsident Orban an der Tagesordnung ist.

In **Rumänien** hat die regierende Partei der Sozialisten weiterhin Rückhalt auf dem Lande, während die städtische Zivilgesellschaft die grassierende Korruption dieser Überreste des alten Regimes heftig anprangert und sich politisch neu organisiert. Auf dem Lande haben Kleinbauern und Umweltorganisationen wie Eco Ruralis und Civitas einen festen Platz in diesen Bewegungen.¹¹

In den Ländern des **westlichen Balkans**, die noch nicht der EU angehören, hat sich eine sogenannte Ständige Arbeitsgruppe (SWG/SEE) zusammengefunden, der sieben Balkanstaaten angehören und die für Ministerien, Verwaltung und NGOs Beratung zu landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklungsfragen anbieten. SWG sieht sich auch als Friedens- und Demokratisierungsprojekt in der Region und hat Programme wie LEADER sowie die Förderung von Kleinbauern und lokalen Projekten gemeinsam mit dem *Balkan Rural Development Network* vorangetrieben.¹²

In **Deutschland** gibt es wie in allen anderen Ländern Europas viele lokale Projekte und Initiativen, die sich ihre besondere Stellung gegenüber der agrarindustriellen Produktion über spezielle Märkte oder Vermarktungsformen erarbeitet haben. Politisch sind die verschiedenen Plattformen und Bündnisse sichtbar, die zu den alljährlichen »Wir haben es satt!«-Demonstrationen anlässlich der Grünen Woche in Berlin zusammenkommen. Einigend wirkt hier die Ablehnung der Massentierhaltung und der industriellen Agrarwirtschaft, während es noch erhebliche strategische Unterschiede hinsichtlich der Alternativen und der Kooperation zu geben scheint.

entstehen, dass wir an vielen Enden gleichzeitig arbeiten müssen. Dazu gehören vor allem neue Begegnungen. Studenten werden von der EU mit dem ERASMUS-Programm nach Europa verschickt. Wie wäre es, dies auch für Berufsschulen und Auszubildende anzubieten oder mit einem Programm wie »FARM-ERASMUS« Erfahrungsaustausch zwischen Europas Bäuerinnen und Bauern zu ermöglichen? Auch ein gemeinsames Ökologisches Jahr zur Förderung europäischer Freiwilligendienste ist im Gespräch. In Deutschland halten die zuständigen Stellen dies für aufwendig und administrativ schwierig. Es wird sich lohnen, diese Art der gemeinsamen Arbeit an Europa zu fordern.

Europäische Nachbarschaftshilfe leisten. – Nachbarschaftshilfe muss ganz besonders für die Länder angeboten werden, die größere Nähe und Kooperation mit Europa wünschen. Das gilt für die Ukraine, den Westlichen Balkan und die Anrainer des Schwarz- und Mittelmeers. Auch wenn die EU bei den eigenen Bürgern kein großes Ansehen genießt, so sind unsere Errungenschaften für unsere Nachbarn vorbildlich und erstrebenswert. Ländliche Parlamente und LEADER-Projekte mobilisieren die ländliche Zivilgesellschaft und fordern die oft unbeweglichen zentralen Verwaltungsstrukturen heraus. Wenn die EU unseren Nachbarn weiter die kalte Schulter zeigt und die Stärkung ihrer Wirtschaft und Demokratien nicht als ihr eigenes Interesse betrachtet, wird es an unseren Grenzen noch viel ungemütlicher als bisher.

Europäische Bildung gehört ganz nach vorn. – Bildung und Ausbildung, die junge Menschen auf die großen Herausforderungen – nicht nur in der Landwirtschaft – vorbereitet, muss europäisch, wenn nicht global neu aufgestellt werden. Neben einer radikalen Veränderung in der landwirtschaftlichen Beratung muss die Bildung in den Schulen viel mehr die konkreten Probleme angehen, die mit Klimawandel und den sozialen und ökologischen Veränderungen einhergehen. In vielen Mitgliedstaaten sind die Entwicklung und Betreuung von Schulgärten und Schulwäldern in die Curricula aufgenommen worden. Projekte wie »2000 m²« in Berlin oder Mitwirkung der Schulen bei der Versorgung von öffentlichen Kantinen aus den »grünen Gürteln« der Städte können die Jugendlichen in die konkreten Lösungsmöglichkeiten mit einbinden. Auch hier können Kooperationsprogramme die noch bestehenden sprachlichen und kulturellen Grenzen überwinden helfen.

Für wirkliche Veränderungen in Europa zusammenkommen. – Kann man Europa *reloaden*? Oder können wir es neu erfinden? Es dürfte den nationalen politischen Klassen derzeit schwerfallen, sich in Zeiten von Brexit & Co. für neue europäische Ziele und Verträge zu erwärmen. Denn sie erfahren Europa vor Ort so wenig wie die nationalen Medien die wirklichen

Probleme vor Ort und mögliche Lösungen aus Europa abbilden. Es wird Brüche geben, vielleicht auch gefährliche Verwerfungen. Aber wie Leonard Cohen es schön sagt: »*There is a crack in everything, that's how the light gets in.*«

Es wird nicht reichen, Europa in all seinen Schwächen und Unzulänglichkeiten immer neu zu betrauern, oder auf die *cracks* zu warten, die Licht ins Dunkel der Abgründe bringen könnten. Aber es wird sich lohnen, nach den Menschen und Projekten zu suchen, die in Europa eine neue demokratische Dynamik für mehr Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit auf den Weg bringen. Der *Kritische Agrarbericht* ist seit nunmehr über 25 Jahren ein wichtiges Projekt für die deutschen Bündnisse der Zivilgesellschaft und in Europa in dieser Form einzigartig. Warum sollten wir uns nicht in ähnlicher Form auf eine Reise durch die Länder Europas machen, um neue Kontakte und Bündnisse zu schaffen, mit der die kritische Substanz für wirkliche Veränderungen und Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik zusammenkommen.

Anmerkungen

- 1 H. M. Enzensberger: Ach Europa! – Wahrnehmungen aus sieben Ländern. Frankfurt am Main 1987. – G. Mak: In Europa. Eine Reise durch das 20. Jahrhundert. München 2005. – C. Nooteboom: Wie wird man Europäer? Frankfurt am Main 1993. – R. Menasse: Der Europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas. Wien 2012. – R. Menasse: Die Hauptstadt. Frankfurt am Main 2017.
- 2 B. Simms und B. Zeeb: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa. München 2016.
- 3 D. Cohn-Bendit und G. Verhofstadt: Für Europa! Ein Manifest. München 2012.
- 4 Europäisches Ländliches Manifest (www.europeanruralparliament.com/index.php/component/phocadownload/category/1-erp2015?download=43:german-version-of-the-manifesto). – The Venhorst Declaration (www.erp2017.eu/wp-content/uploads/2017/06/The-Venhorst-Declaration-FINAL.pdf).
- 5 Karditsa's social economy – An ecosystem of collaboration (www.arc2020.eu/karditsa-field-trips/).
- 6 www.pouruneautrepaq.eu.
- 7 www.in-loco.org.
- 8 www.sussex.ac.uk/spru/newsandevents/2017/publications/food-brexite.
- 9 www.allotments.ie.
- 10 www.boerenenburen.be.
- 11 www.ecoruralis.ro und www.civitas.ro.
- 12 www.seerural.org.
- 13 www.ifoam.bio/en/community-supported-agriculture-csa.



Hannes Lorenzen

Agrarsoziologe und Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im EU-Parlament. Mitgründer zahlreicher europäischer Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

European Parliament, PHS 02C73
Rue Wiertzstraat, B-1047 Brussels
hansmartin.lorenzen@europarl.europa.eu